



Beschluss

TOP I.6

Reform der Verbraucherentschuldung

Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg

- 1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben bereits im Jahr 2004 auf die strukturellen Mängel des geltenden Rechts der Verbraucherentschuldung hingewiesen. Die Behandlung masseloser Privatinsolvenzen bedarf zumal angesichts der seit 2002 stark gestiegenen Verfahrenszahlen dringend der Reform.**
- 2. Die Justizministerinnen und Justizminister bekräftigen ihre mit Beschluss vom 12. Juni 2008 geäußerte Überzeugung, dass der Gesetzentwurf zur Entschuldung mittelloser Personen, zur Stärkung der Gläubigerrechte sowie zur Regelung der Insolvenzfestigkeit von Lizenzen (BT-Drs. 16/7416) grundsätzlich praxisgerechte Ansätze für weitere Reformüberlegungen bietet.**
- 3. Sie bitten das Bundesministerium der Justiz, unter Berücksichtigung des zu 2. genannten Entwurfs gemeinsam mit den Landesjustizverwaltungen Vorschläge zur sachgerechten Verfahrensgestaltung der Entschuldung bei mittellosen Privatpersonen zu erarbeiten.**